

# ERKLÄRUNG ZUM KINDER- UND JUGENDSCHUTZ

Hiermit erkläre ich \_\_\_\_\_ (Name)

in meiner Funktion als (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- privater Antragsteller
- mit der rechtsgeschäftlichen Vertretung betraute Person des Projektträgers

\_\_\_\_\_ (Name)

bezogen auf das Projekt \_\_\_\_\_ (Titel)

mit der PSS-Nr. \_\_\_\_\_

- dass zu meiner Person und zu allen (auch ehrenamtlich) an dem beantragten Projekt beteiligten Mitarbeitern/innen ein aktuelles (bei Neubeschäftigung nicht älter als drei Monate altes) erweitertes Führungszeugnis vorliegt, in dem keine der in § 32 Abs. 5 BZRG abschließend aufgezählten Delikte genannt sind (d.h. §§ 171, 180a, 181a, 183 bis 184f, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder § 236 des Strafgesetzbuchs)
- bzw. sofern keines vorliegt, ein aktuelles erweitertes Führungszeugnis beantragt wurde und von dieser Person eine eigenhändig unterschriebene Erklärung vorliegt, dass er bzw. sie nicht wegen einer der o.g. Straftaten verurteilt worden ist. Sollte das Führungszeugnis bei der Vorlage eines der o.g. Delikte enthalten, muss die Mitarbeit dieser Person im Projekt unverzüglich beendet werden; darüber ist die Förderstelle umgehend zu informieren.

Ich verpflichte mich hiermit, die Förderstelle sofort zu informieren, wenn ein Verfahren wegen eines Verstoßes nach den oben genannten Paragraphen gegen mich oder meine Mitarbeiter/innen eröffnet werden sollte.

Mir ist bekannt, dass die Beschäftigung von Mitarbeiter/innen im Rahmen des beantragten Projekts, die aufgrund eines der o.g. Delikte verurteilt worden sind, zu einem Widerruf der Förderung führen kann.

---

Ort, Datum und Unterschrift